

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

und täglich grüßt das Murmeltier.

So könnte man zumindest charmant umschreiben, was mir beim Lesen des Vorberichtes zum HH Plan 2023 durch den Kopf gegangen ist.

Dort steht:

„Das Vermögen verringert sich jedoch, wird nicht in Einnahmen und Verbrauch umfassend gegengesteuert.“

Ein Jahr zuvor stand im Vorbericht zum HH Plan 2022:

„Das Vermögen verringert sich jedoch, wird nicht in Einnahmen und Verbrauch umfassend gegengesteuert.“

Exakt dasselbe. Sind wir also wirklich keinen Schritt weitergekommen?

Wie viele Jahre in Folge können wir uns eine solche Formulierung im wahrsten Sinne des Wortes noch leisten?

Oder anders ausgedrückt: wie oft wollen wir hier solche absolut gleichbleibenden Formulierungen noch lesen?

Die CDU Fraktion hat bereits in der letztjährigen HH Rede auf die Gefahr hingewiesen, von der Substanz leben zu müssen. Die Liquidität nimmt laut HH Plan zum Jahresende um 5,3 Mio. Euro ab. Voraussichtlich wird der Zahlungsmittelbestand zum Ende des Jahres 2023 rund 9,7 Mio. Euro betragen. Zum Jahresende 2022 betrug dieser Wert noch ca. 15 Mio. Euro.

Wir haben ein stetig dahinschmelzendes Polster an Rücklagen. Aber wie lange noch?

Jeder Privathaushalt muss, sofern er nicht in eine gefährliche Verschuldung geraten oder gar bankrottieren will, dringend gegensteuern.

Wir haben in unserer letztjährigen Rede u.a. zwei Möglichkeiten aufgezeigt, beim Verbrauch entgegen zu steuern:

1. Sich von unwirtschaftlichen und teuren Immobilien trennen
2. Strukturveränderungen im Kinderbetreuungswesen

Ich möchte nicht lange um den heißen Brei herumreden:

Die CDU Fraktion beantragt zur Umsetzung des oben zuerst genannten Punktes:

Die Verwaltung möge im Laufe des ersten Halbjahres mindestens zwei städtische Immobilien vorstellen, deren Veräußerung zum einen Geld in die Stadtkasse brächte und zum anderen eine dauerhafte finanzielle Entlastung mit sich bringt. Eine Beratung und Beschlussfassung soll 2023 stattfinden.

Dankenswerterweise wurde zum zweiten Punkt bereits mit dem Vorlegen eines Strategiepapiers zur Weiterentwicklung der Kindertagesstätten ein wichtiger Schritt getan. Dieser muss jetzt auch mit dem gleichen Zug und Elan kommuniziert, weiterverfolgt, getragen und letztendlich auch umgesetzt werden. Ansonsten produzieren wir Sonntagsreden und machen uns allesamt unglaubwürdig.

Wir beantragen zudem zur Verbesserung der Einnahmensituation eine regelmäßige Neukalkulation von Gebühren, Verwaltungsgebühren, Pachten, Mieten usw. Mögliche Vorschläge zur Umsetzung erwarten wir noch in diesem Jahr.

Zur Minderung der Ausgaben schlagen wir weiterhin vor bzw. stellen den Antrag, auf allen städtischen Gebäuden mit möglichst viel Taglichnutzung die Planung und Installation von PV Anlagen, mit dem Ziel, den so produzierten Strom größtmöglich selbst zu nutzen. Wir erreichen somit eine Minderung von Ausgaben und eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes.

Wir beantragen eine Planung hierzu im ersten Halbjahr und eine Realisierung von möglichst zwei Anlagen pro Jahr ab dem zweiten Halbjahr 2023. Wir begründen diesen Zeitplan mit der Möglichkeit, PV Anlagen im Jahr 2023 mit einem Nullsteuersatz bei der Mehrwertsteuer zu erwerben. Steigende Energiepreise lassen zusammen mit einem für dieses Jahr deutlich günstigerem Erwerb einer solchen Anlage eine Amortisationsdauer dieser Ausgaben stetig sinken. Etliche Kommunen gehen bereits diesen Weg. Als nachhaltige Stadt müssen wir auch ein greifbares und deutliches Zeichen setzen.

Folgende Gebäude können wir uns vorstellen:

1. Realschulgebäude
2. Feuerwehr und Backhaus Pflummern
3. Kindergarten Neufra
4. Kindergarten Regebogen
5. Schwimmbad Riedlingen
6. Gebäude der Ortsverwaltungen

Das sind alles energieintensive Gebäude mit hauptsächlichlicher Taglichnutzung bzw. z.T. schon mit strombetriebenen Wärmepumpen ausgestattet.

Der Gemeinderat wird sich in diesem Jahr mit einer Richtlinie zu PV Freiflächenanlagen beschäftigen. Wir mahnen hier bereits jetzt ausdrücklich einen flächenschonenden Umgang an und sollten als Kommune mit gutem Beispiel vorangehen.

Interessanterweise hat das Land Baden-Württemberg im aktuellen Doppelhaushalt ein Förderprogramm für PV-Anlagen auf Parkplätzen angedacht.

Wir möchten diesen Gedanken aufgreifen und beantragen, sich auf dieses Förderprogramm zu bewerben. Als umsetzbar sehen wir hier beispielsweise den Realschulparkplatz oder den Parkplatz neben der KITA Regenbogen.

Als Beispiel für eine weitere flächenschonende Freiflächenanlage möchte die CDU Fraktion den Bau eines Photovoltaikzaunes um den Brunnen Roden vorschlagen und beantragen.

Um den HH nicht zu überlasten, schlagen wir vor, die Umgestaltung des Pausenhofs der Joseph-Christian-Schule ein Jahr zu verschieben. Dies soll kein negatives Signal an die Schule sein, sondern ist der Dringlichkeit geschuldet, die möglicherweise nur 2023 geltende o.g. Steuervergünstigungen geltend zu machen. Hier frei werdende Planungskapazitäten mögen in die o.g. Planungen zu PV Anlagen einfließen.

Das Klimaschutzgesetz BW fordert für große Kreisstädte und Stadtkreise eine kommunale Wärmeplanung. Für kleinere Städte ist die noch freiwillig. Auch hierfür stehen Zuschüsse in Aussicht.

Da wir bereits über eine Planung zu einer Wärmeerzeugung mit Pellets samt Fernwärmenutzung in der Kirchstraße informiert wurden und wir

seither hierüber nichts mehr gehört haben, schlagen wir vor, im Hinblick auf die o.g. gesetzlichen Vorgaben bzw. Fördermöglichkeiten sich erneut mit diesem Thema zu beschäftigen. Die Ergebnisse sollen im Laufe des Jahres vorgestellt werden. Das Thema kommunale Wärmeplanung ist langwierig und sollte aber, solange noch hohe Zuschüsse gewährt werden, bearbeitet werden.

Der Klimawandel erfordert von uns nicht nur eine Umstellung unserer Energieerzeugung und Versorgung. Steigenden Temperaturen werden sich auch auf das Leben in dicht besiedelten Räumen auswirken. Die CDU begrüßt deshalb, dass sich die Stadt beim Bundesprogramm "Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel" beworben hat und hofft auf Zuschlag.

Wir sehen nach wie vor beim Thema Digitalisierung eine große Chance, bestimmte Arbeitsabläufe zu vereinfachen, verschlanken und somit die Möglichkeit schonender mit Personalressourcen umzugehen. Die CDU-Fraktion erwartet von der Verwaltung im Laufe dieses Jahres einen aktuellen Sachstandsbericht und Ausblick auf noch zu planende und umzusetzende Maßnahmen.

Ein weiterer Vorschlag zu effizienterem Arbeiten und zur Kostenreduzierung sehen wir darin, nur das abzuarbeiten, was machbar ist, was zu den Pflichtaufgaben einer Kommune zählt und das gewissenhaft; und vor allem das, was bereits geplant ist. Es bindet Arbeitszeit und Kraft, sich mit Wünschenswertem zu befassen. Diese Aufforderung richten wir ganz besonders in Richtung Bauamt.

Hier wurden uns in der Vergangenheit unterjährig Pläne vorgestellt, die viel Arbeitszeit gebunden haben, aber auch zu hinterfragen sind, ob sie realisierbar sind und zu Pflichtaufgaben gehören. Als Beispiel möchte ich hier die Planungen für einen Neubau eines Gewächshauses nennen für einen siebenstelligen Betrag.

Weiterhin möchte ich sehr deutlich kritisieren und in Frage stellen, ob es in unserer finanziellen Lage sinnvoll ist, ein Grundstück zu erwerben für einen Preis, der deutlich über dem Richtwert liegt. Einzig mit der Begründung der Gartenschau.

Auch der Neubau des o.g. Gewächshauses wurde in Verbindung gebracht mit der Gartenschau und hiermit zu begründen versucht.

Die CDU Fraktion erwartet hier zukünftig ein maßvolles Agieren und Planen. Die Gartenschau findet in 12 Jahren statt. Sicherlich eine große Chance für Riedlingen. Sollten wir aber in diesem Tempo weiter mehr als zweifelhafte und hinterfragenswerte Entscheidungen treffen mit solch finanziellen Auswirkungen, so ist die Stadt bis dahin zahlungsunfähig.

Wir beantragen eine möglichst detaillierte langfristige Finanzplanung im Hinblick auf die zu erwartenden und geplanten Projekte zur Gartenschau. Nur so kann man objektiv diskutieren und entscheiden auf Grundlage einer soliden Finanzplanung.

Abschließen möchte ich meine Rede mit einigen Anmerkungen zum Stellenplan.

Wir möchten zum Thema Stellenplan und Personal den Fokus auf zwei Bereiche lenken.

Zum einen ist motiviertes Personal Grundlage einer leistungsfähigen Verwaltung.

Gutes Personal zu finden wird immer schwieriger. Wir begrüßen jede Initiative der Verwaltung, Mitarbeiter selbst auszubilden und diese so zu motivieren, dass man sie auch dauerhaft halten kann. Nur so ist Kontinuität und dauerhafte Qualität möglich.

Analog zu anderen Behörden oder Betrieben schlägt die CDU Fraktion als Wertschätzung für die Beschäftigten eine einmalige Prämie in Form eines Gutscheines vor. Über die Höhe und Ausgestaltung soll im Gremium beraten werden.

Altersbedingte Nachfolgeregelungen vor allem in leitenden Positionen müssen aus unserer Sicht sehr frühzeitig benannt werden und rechtzeitig nach geeigneten evtl. internen Bewerbern gesucht werden.

Versäumnisse oder gar Lücken können wir uns hier nicht leisten. Perspektiven können auch motivationsfördernd sein.

Zum anderen möchten wir bei den von der Verwaltung angedachten neu zu besetzenden Stellen eine genaue Stellenbeschreibung einfordern. Diese erwarten wir für die Stelle in der Stadtbücherei. Ebenso möge diese auf 50% reduziert bleiben.

Diese Stellenbeschreibung und Bewertung erwarten wir weiterhin für die angedachte Stelle der Sachgebietsleitung Personal. Sollten sich hier Überschneidungen mit der übergeordneten leitenden Stelle ergeben, so beantragen wir für diese eine Stellenneubewertung.

Beide o.g. Stellen sind bis zu einer abschließenden Beratung und Beschlussfassung mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Sollten im Facility-Management künftig Stellen nach zu besetzen sein, beantragt die CDU Fraktion eine Entscheidung hierüber im Gremium, um evtl. unnötige Doppelstrukturen mit dem Bauhof zu vermeiden.

Zum Schluss grüßt noch einmal das Murmeltier:

Herzlichen Dank von Seiten der CDU Fraktion an alle Mitarbeiter der Verwaltung, die zur Erstellung des diesjährigen HH Planes beigetragen haben. Allen voran Frau Neuburger, Frau Breyemeier und Herr Seifert.

Jörg Boßler

Für die CDU-Fraktion